

PALÄSTINA-INFO



Hebron • Israel-Lobby in den USA • Wahlen in Israel • Apartheidfreie Zonen
BDS-Beschluss in Deutschland

Editorial

Ein Beitrag der letzten wie dieser Ausgabe befasst sich mit den Strategien der zionistischen Lobby-Organisationen. Deren Argumente und deren Rechtsverständnis fallen erschreckend häufig auf fruchtbaren Boden. Medien berichten kaum mehr kritisch über die israelische Politik, die von Israel verantworteten Völkerrechtsverletzungen und die desolate Lage der PalästinenserInnen. Solidarische Berichterstattung steht vor der Qual der Wahl: Welchen Aspekt aufgreifen, wenn eigentlich die gesamte palästinensische Realität von schreiendem Unrecht geprägt ist. Mit einem Beitrag über Hebron legen wir diesmal den Fokus auf die Bemühungen lokaler Akteure, dem Verdrängungs- und Zerstörungsprozess in der Altstadt durch gezielte Entwicklungsstrategien etwas entgegenzusetzen.

Ein Einfallstor für israelfreundliche Medien, aber auch Regierungen und Parteien ist die vermeintliche Sorge um antisemitische Vorfälle und Einstellungen. Dabei wird das Recht auf Verteidigung fundamentaler Grundrechte immer bedenkenloser über Bord geworfen. Unterstützung erhält Israel dabei nicht nur von rechten Regierungen und Parteien aus aller Welt. Auch sozialdemokratische, grüne und andere Parteien der Linken lassen sich vor den Karren zionistischer Interessen spannen. Dabei drohen nicht nur die Grundrechte der PalästinenserInnen unter die Räder zu kommen, sondern Grundsätze der Gleichheit und Freiheit und das Recht auf politischen Widerstand gegen Unrechtssituationen insgesamt. Umso wichtiger sind die Stimmen all der couragierten MenschenrechtsaktivistInnen und -organisationen, die sich nicht einschüchtern lassen und weiterhin universelle Werte verteidigen.

Von all dem findet sich etwas in dieser Nummer!

Coverfoto: Historische Gebäude in der Altstadt von Hebron sind zum Verfall verurteilt.

Kurzmeldungen

Zusammengestellt von der Redaktion

#DeactivateAirbnb



- Der Ferienwohnungsvermittler Airbnb hat im April politischem Druck nachgegeben und seine Entscheidung vom letzten Dezember rückgängig gemacht, Wohnungen in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen aus dem Angebot zu nehmen. Daraufhin haben in einer gemeinsamen Aktion über 20000 Menschen aus Protest gegen die Weiterführung der Komplizenschaft mit der israelischen Siedlungspolitik ihren Airbnb-Account gelöscht. Beispiele für die Löschaktion sind unter dem Hashtag #DeactivateAirbnb auf Twitter und Facebook zu finden. <https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/airbnb-protest-west-bank-palestine-israel-occupation-listings-a8914116.html>

Protest gegen Eurovision

- Gegen die Austragung des Eurovision Song Contest in Tel Aviv wurden weltweit in einer internationalen und mehreren nationalen Petitionen über 130000 Unterschriften gesammelt. AktivistInnen von BDS Schweiz haben die Unterschriften am 7. Mai in Genf der Europäischen Rundfunkunion EBU übergeben. Protestiert wurde auch mit zahlreichen Konzerten im spanischen Staat, in England und Griechenland sowie alternativen Eurovision-Parties in ganz Europa. Und während des Eurovision-Finales wurde in den sozialen Medien die Globalvision übertragen, an der zahlreiche palästinensische und solidarische

MusikerInnen teilnahmen. Am Song Contest selbst gab es politische Statements: Der Gastauftritt von Madonna enthielt Texte, die als israelkritisch interpretiert werden konnten, und die isländische Band Hatari streckte den Kameras während der Punktevergabe palästinensische Fahnen entgegen. Während das Westschweizer Fernsehen TSR diese Aktionen kommentierte und generell den Aufruf zum Eurovision-Boykott thematisierte, hüllte sich der Deutschschweizer Sender SRF in Schweigen. Ganz nach dem Motto „No politics – just fun“.

www.facebook.com/WatchGlobalvision/nosongforapartheid.wordpress.com/2019/05/07/petitionsuebergabe/



Eurovision Song Contest in Tel Aviv. (Foto: via Social Media)

Siedlungstram droht zu entgleisen

- Mitte Mai hat der französische Konzern Alstom bestätigt, sich nicht länger am Ausbau der Tramstrecke zu beteiligen, die Siedlungen im Westjordanland mit Jerusalem verbinden soll. Grund für die Entscheidung waren laut den israelischen Projektpartnern Bedenken über die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen, die mit dem Projekt verbunden sind. Kurz danach zog auch ein griechisches Konsortium seine Bewerbung zurück. Von ursprünglich sieben Firmen, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben, sind nur noch zwei übrig: die spanische Firma CAF sowie der chinesische Industriekonzern CRRC.

Gewerkschaften fordern nun CAF auf, sich ebenfalls zurückzuziehen. electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/israels-settler-railway-could-be-going-nowhere-fast

Besorgniserregende psychische Gesundheit von Kindern in Gaza

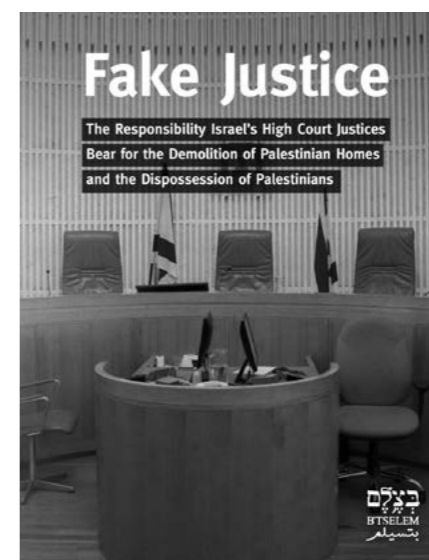
- Laut einer Ende Februar 2019 veröffentlichten Studie des Norwegischen Flüchtlingsrates weisen im Gazastreifen zwei Drittel aller Schulkinder, die in der Nähe der Sperranlagen zu Israel wohnen, Anzeichen psychischer Belastungsstörungen auf. Vor allem die nahen Explosionen und die wiederkehrenden Kriegsbilder in den Medien wurden von den befragten Kindern und Jugendlichen als Ursache für Stress genannt. Seit vor einem Jahr der March of return startete, sind die Kinder und Jugendlichen zudem Augenzeugen der Gewalt an den DemonstrantInnen geworden. Viele sind auch direkt betroffen: Zwischen März und Dezember 2018 wurden 1642 verletzte und 34 getötete Kinder und Jugendliche gezählt. 54 Prozent der Befragten gaben an, keine Hoffnung für die Zukunft zu haben, 81 Prozent haben Mühe, sich auf ihre Ausbildung zu konzentrieren. Laut UNICEF bräuchten rund 25 000 Kinder und Jugendliche in Gaza psychologische Unterstützung, um die gewaltbedingten Traumata zu überwinden. www.nrc.no/news/2019/march/gaza-childrens-mental-health-rapidly-deteriorating/

Gesetz in Texas

- Der Staat Texas wollte in allen seinen Verträgen mit Lieferanten und Unternehmen eine Klausel zu BDS aufnehmen, die die Auftragnehmer dazu verpflichtet, keinen Boykott israelischer Güter anzuwenden.

Ein Bundesrichter in Texas/USA hat nun im April 2019 entschieden, dass Boykott eine persönliche Angelegenheit sei und nicht vom Bundesstaat verhindert werden dürfe. Ausführlicher unter senderfreiespalaestina.de/pdfs/bundesrichter_blockiert_antiBDS_gesetz.pdf; electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/federal-judge-blocks-anti-bds-law-texas

Mitverantwortung des Obersten israelischen Gerichtshofs



- Tausende von Gerichtsentscheidungen bezüglich Anordnungen zur Zerstörung palästinensischer Häuser und deren Umsetzung machen deutlich: Der Oberste Gerichtshof in Israel anerkennt die staatliche Planungs- und Vertreibungspolitik als angemessen und rechtmäßig. Beanstandungen gibt es höchstens für technische Verfahrensfehler, der Rechtsanspruch der KlägerInnen auf eine Baubewilligung wird jedoch nie behandelt. Zu diesem Schluss kommt ein im Februar 2019 veröffentlichter Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem. Fake Justice, www.btselem.org/publications/summaries/201902_fake_justice

Bundesrichter blockiert Anti-BDS-Wer verteufelt hier wen?

- Der US-amerikanische Journalist und Rechtsanwalt Glenn Greenwald nimmt in seinem Blog die Verleumdung der muslimischen demokratischen Abgeordneten Ilhan Omar wegen israelkritischer Aussagen aufs Korn und weist auf die doppelten Standards bei der Beurteilung amerikanischer Kongress-Abgeordneter hin (<https://interc.pt/2H2nNgQ>). Der Antisemitismusvorwurf fand seinen Weg auch in hiesige Medien. So wirft die Basler Zeitung Omar unter dem Titel „Die geduldete Verteufelung Israels“ vor, die „ungeheuerliche Ansicht“ zu vertreten, „Israel sei ein Apartheidstaat“. Was israelfreundli-

che Ohren schmerzt, muss das Werk des Teufels sein.

BDS-Bilanz

- Unter dem Titel „Boycott gegen Israel“ ist im Dezember 2018 in der Monde diplomatique eine interessante Bilanz von Nathan Thrall über die BDS-Bewegung 13 Jahre nach deren Lancierung erschienen. Nathan Thrall ist Analyst der International Crisis Group in Jerusalem. Der Artikel ist unter folgendem Link zu finden: monde-diplomatique.de/artikel/15554925

Kultureller Boykott ist wirksam

- Creative Community for Peace, ein getarnter Ableger der US-amerikanischen Israel-Lobby-Organisation StandWithUs, hat einen Bericht über die Wirkung des kulturellen Boykotts erstellen lassen. Dem vertraulichen Dokument ist zu entnehmen, dass nach Einschätzung der Organisation der kulturelle Boykott konstant zunimmt und innovative Wege beschreitet. Selbst wenn nicht alle Kulturschaffenden ihre Absagen von Auftritten in Israel als politisch motiviert deklarieren, stellt der Bericht trotzdem eine deutliche Zunahme des „stillen Boykotts“ fest. Nachzuhören und nachzulesen unter tinyurl.com/yad7ezuv



An der Kundgebung vor dem Deutschen Bundestag (siehe S. 15f.)

Weitere spannende Analysen

senderfreiespalaestina.de/infoblatt-archiv/

Brennpunkt Hebron

Martina Guggenbühl

Hebron als eine der ältesten permanent bewohnten Städte der Welt bemüht sich um Wahrung eines reichen kulturellen Erbes. Die Stadt leidet unter der Verdrängung der einheimischen arabischen Bevölkerung durch die israelische Besatzungsmacht und extremistische national-religiöse SiedlerInnen. Ein Komitee setzt sich für die Revitalisierung ein.



Verlassener Checkpoint zwischen H1 und H2

Hebron, eine pulsierende Grossstadt mit über 200 000 EinwohnerInnen, ist eine Reise wert. Die Stadt fand bereits im 3. Jahrtausend v. Chr. Erwähnung, und Muslime, Juden/Jüdinnen wie Christen verehren die in der Altstadt liegenden Patriarchengräber. 2017 wurde die Altstadt zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt und gleichzeitig auf die Rote Liste gefährdeter Stätten gesetzt. Besonders hervorgehoben wird in dem Beschluss die Bedeutung der unter den Mamluken zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert errichteten Gebäude. Das Leben in der historischen Altstadt und ein Teil der baulichen Substanz sind aber durch israelische SiedlerInnen bedroht.

Treibende Kraft in den Bemühungen um den Erhalt der baulichen Substanz und eines funktionierenden palästinensischen Gemeinwesens ist das 1996 im Kontext der Oslo-Abkommen von der Palästinenserbehörde (PA) gegründete Hebron Reha-

ilitation Committee. 1999 und 2104 arbeitete es unter dem Druck der politischen Umstände eine umfassende Strategie zu Erhalt und Revitalisierung der Altstadt aus. Denn das Leben in Hebron ist seit 1967 geprägt durch die im Schutz der Besatzung stattfindende zionistische Kolonisierung. Neben Jerusalem ist Hebron ein Brennpunkt dessen, was im israelischen Sprachgebrauch unter „Judaisierung“ verstanden wird, des Versuchs, die dort lebende einheimische palästinensische Bevölkerung gezielt zu verdrängen und sie ganz oder mehrheitlich durch jüdische BewohnerInnen zu ersetzen.

Extremistische SiedlerInnen

Blenden wir zurück: Mit Beginn der militärischen Besatzung begann ab 1967 eine lange Phase extremer Spannungen. Der repressive Charakter der israelischen Militäradministration und die aggressive Kolonisierung durch radikale SiedlerInnen verbinden

und verstärken sich gegenseitig. 1968 war eine Gruppe von 30 israelischen Juden dem Aufruf des fundamentalistischen Rabbis Moshe Levinger gefolgt, getarnt als Touristen im Park Hotel im Zentrum Hebrons Passover zu feiern, mit der Absicht, definitiv in der Stadt zu bleiben. Die israelische Regierung hatte zuerst ihre Evakuierung angeordnet, willigte dann aber in die Umsiedlung in den Armeestützpunkt Kiryat Arba' in unmittelbarer Nähe der Altstadt ein. Aus diesem ging kurz darauf mit dem Segen der damals von der Arbeitspartei geführten Regierung die erste jüdische Siedlung auf besetztem palästinensischem Gebiet hervor.

Doch auch in der Altstadt von Hebron nisteten sich zunehmend extremistische religiöse SiedlerInnen ein. 1972 besetzten 20 jüdische Familien illegal palästinensische Häuser und behaupteten, an die frühere Präsenz einer jüdischen Minderheit in Hebron anzuknüpfen, obwohl die ehemaligen jüdischen BewohnerInnen sich von dieser Strategie der Siedlerbewegung distanzieren. Bis heute ist die Gruppe der jüdischen SiedlerInnen auf rund 10 000 Personen angewachsen, rund 800 davon leben in vier Gebäudekomplexen bzw. Siedlungen innerhalb der Altstadt. Viele von ihnen gehören radikalen nationalreligiösen Bewegungen wie Gush Emunim oder den gewaltbereiten rechtsextremistischen Organisationen Kach und Kahane Chai an. Diesem Milieu entstammte Baruch Goldstein, der 1994 in der Moschee von Hebron 29 Gläubige tötete und über 100 weitere verletzte, aber auch Jigal Amir, der 1995 den israelischen Premier Jitzhak Rabin erschoss. Diese Strömungen machen kein Hehl aus ihrer Araberfeindlichkeit und dem Ziel, die grossmehrheitlich arabische in eine jüdische Altstadt umzuwandeln, wofür sie sich auf ein biblisch verbürgtes „Recht“ berufen. Entsprechende Stadtentwicklungspläne finden insbesondere bei rechten PolitikerInnen Unterstützung.

Obwohl die meisten israelischen Regierungen die religiösen Motive der SiedlerInnen nicht teilen, nutzen sie deren Präsenz als strategische

Vorposten zur schrittweisen Aneignung von palästinensischem Land und Ressourcen. Dafür bieten sie Hilfe in verschiedener Form: durch den militärischen Schutz der SiedlerInnen und ihrer Infrastrukturen; durch finanzielle und logistische Unterstützung; durch die nachträgliche Legalisierung der gewaltsamen Aneignung von palästinensischem Land und Häusern in einem weitgehend rechtsfreien Raum, in dem aggressive Übergriffe der SiedlerInnen auf PalästinenserInnen kaum geahndet werden. Der gesamte städtische Alltag der palästinensischen Bevölkerung ist durch die Präsenz der jüdischen ExtremistInnen und des ihre Tätigkeit deckenden Militärs, in dem viele der SiedlerInnen selbst Militärdienst leisten, massiv behindert.

Abwanderung aus der Kasbah

Viele BesucherInnen Hebrons kennen die absurden Szenen: etwa die Gitter, mit denen sich die BewohnerInnen der Altstadt vor dem Abfall schützen, mit dem sie von radikalen SiedlerInnen aus den oberen Etagen beworfen werden; die gespenstische Stimmung in der Altstadt mit ihren durch Militärverordnung versiegelten Läden und abgeriegelten Strassen, sodass die BewohnerInnen zum Teil gezwungen sind, sich über die Dächer fortzubewegen, um ihre Häuser verlassen zu können; die gähnende Leere in den wenigen geöffneten Touristenläden mit traditioneller Handwerkskunst und Souvenirs; die Checkpoints mit schwer bewaffneten Soldaten und die provokative Präsenz der ebenso schwer bewaffneten radikalen SiedlerInnen.

Für die palästinensischen BewohnerInnen der Stadt hat diese Situation dramatische Folgen, was von internationalen und lokalen Organisationen wie UNO und NGOs hinreichend dokumentiert ist. Zum einen herrscht ein extremes Gewaltpotenzial, mit nahezu täglichen Übergriffen auf die palästinensische Bevölkerung, der keine wirksamen Schutz- und Rechtsmittel zur Verfügung stehen.¹ Zu dieser permanenten Unsicherheit

gesellen sich massive Einschränkungen des Lebensalltags durch all die gesperrten Strassen und Läden, durch teilweise monatelange, willkürlich verhängte Ausgangssperren und andere Repressionsmassnahmen, die das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Kasbah nahezu zum Erliegen bringen. Ein weiteres Problem ist der völlig mangelhafte Unterhalt der Infrastruktur durch die Besatzungsmacht und die unzureichende Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Wasser und anderen Ressourcen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Militärverwaltung vielfach Bewilligungen für Sanierungen verweigert und Häuser, die die BewohnerInnen ohne Bewilligung erweitert oder saniert haben oder die den Projekten der SiedlerInnen im Weg stehen, zerstören lässt. Wer es sich leisten kann, zieht daher in ruhigere Teile von Hebron, wenn nicht ins Ausland. Die Bevölkerung im Altstadtkern sank von rund 7500 zu Beginn der Besatzung auf rund 1500 in den 1990er-Jahren. Zurück blieben eher arme Schichten, die keine andere Wahl hatten.

Geteilte Stadt

Mit den in den 1990er-Jahren unterzeichneten Oslo-Abkommen, die ein erster Schritt auf dem Weg zu einer dauerhaften Lösung sein sollten, wurde eine Übertragung der Verwaltung palästinensischer Ballungsräume an die Palästinenserbehörde (PA) beschlossen. In Hebron wurde angesichts der Präsenz der jüdischen SiedlerInnen inmitten der palästinensischen Bevölkerung ein Sonderstatus beschlossen, das Hebron-Protokoll, das die Stadt in zwei Zonen teilt: den von der PA verwalteten Teil H1, wobei die israelische Armee auch dort jederzeit Zutrittsrecht hat, und einen kleineren unter israelischer Militärverwaltung verbleibenden Teil H2, der die Altstadt mit ihren religiösen Stätten und die jüdischen Siedlungen

¹ Ein geheimer Bericht zeigt, dass das Gros von Gewaltakten in Hebron der israelischen Seite zuzuschreiben ist. tinyurl.com/TIPH-Report

umfasst. Eine von Premierminister Rabin gemachte mündliche Absichtserklärung, die SiedlerInnen aus der Altstadt umzusiedeln, verwarfen die Nachfolgeregierungen. Der gesamte Oslo-Prozess geriet nach wenigen Jahren ins Stocken und der Alltag ist nach wie vor geprägt von zunehmender Expansion und Annexion und dem Ausbau der völkerrechtswidrigen jüdischen Siedlungen. Gleichzeitig mit dem Hebron-Protokoll wurde eine internationale Beobachtermission (TIPH) ins Leben gerufen, die namentlich dem Schutz der palästinensischen Bevölkerung vor Übergriffen von Armee und SiedlerInnen dienen sollte, von ihrem Mandat her aber keine griffigen Durchsetzungsinstrumente hatte. Dieses Jahr verweigerte die israelische Regierung dem TIPH die nötige Zustimmung zur halbjährlich fälligen Verlängerung des Mandats, und bis Mai 2019 wurden die BeobachterInnen ersatzlos abgezogen. Ausser der Äusserung diplomatischem „Bedauerns“ konnten sich die Staaten, die die Mission getragen hatten – darunter die Schweiz – zu keinen weiteren Schritten gegenüber Israel durchringen.

In Hebron verfolgt die Siedlerbewegung eine langfristige Strategie, möglichst viele palästinensische Häuser unter ihre Kontrolle zu bekommen, selbst wenn sie aktuell nicht benötigt werden. Das geschieht oft über Mittelspersonen oder administrative Tricks, steht gemäss Verordnung der PLO aber unter Strafe. Dennoch ist zu befürchten, dass einige palästinensische Familien, die in der



Extremistische SiedlerInnen in Hebron erheben Anspruch auf die palästinensische Stadt

Altstadt keine Zukunft mehr sehen, ihre Häuser geheim verkaufen. Die israelischen Behörden weigern sich strikt, irgendwelche Statistiken darüber zu veröffentlichen, wie viele Häuser in den Besitz der zionistischen Organisationen übergegangen sind. Die PA selbst hat keinerlei Möglichkeit, zu erfahren, welche Häuser von wem zu welchem Preis verkauft wurden.

Revitalisierung

In diesem Klima eingeschränkter Bewegungs- und Handlungsfreiheit verfolgt das Hebron Rehabilitation Committee (HRC, siehe www.hebronrc.ps/index.php/en/) das Ziel, die drohende völlige Abwanderung der palästinensischen BewohnerInnen aufzuhalten und die bauliche Substanz zu erhalten und zu sanieren. Anhand einer systematischen Bestandsaufnahme der architektonischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage wurde 1999 ein Gesamtkonzept zur Sanierung der Altstadt erstellt. Die Häuser werden weitestgehend in Originalbauweise renoviert und sanft modernisiert, das heisst an Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Kanalisation angeschlossen. Ein Teil des Programms besteht darin, qualifizierte ArbeiterInnen für die aufwendigen Renovationsarbeiten auszubilden. Die baulichen Arbeiten werden begleitet von einem Konzept zur Wiederbesiedlung, für das die rechtmässigen Besitzer jeweils ihr Einverständnis geben müssen und genaue soziale Abklärungen gemacht werden. Die BewohnerInnen müssen sich verpflichten, die Häuser in ihrer Substanz zu pflegen, und erhalten im Gegenzug gratis Strom, Wasser und Gesundheitsdienstleistungen.

In einem partizipativen Prozess wurden 2014 erneut die Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur, Infrastruktur, Sicherheit, soziale Situation, Kommunikation, Beschäftigung etc. erhoben.² Ein wichtiges Ziel der neuen Strategie, an der Fachleute aus verschiedensten Bereichen mitgearbeitet haben, besteht darin, den

sozialen Standard in der Altstadt zu heben, ausreichende Dienstleistungen anzubieten und die Kasbah wirtschaftlich und kulturell besser mit dem Zentrum von Hebron zu verbinden. Dafür werden in ausgewählten Räumen der Altstadt auch kulturelle Veranstaltungen organisiert. Zudem bietet das HRC den BewohnerInnen Rechtshilfe und, soweit dies in seiner Macht steht, Schutz gegen die anhaltenden Aggressionen seitens der extremistischen SiedlerInnen und die Willkür des Militärs.

Auch die Arbeit des HRC wird durch Übergriffe und Sabotage immer wieder behindert: Einerseits werden in der Nähe der jüdischen Siedlungen Bewilligungen für Renovierungen unter dem Vorwand der Sicherheitslage verweigert, andererseits erschweren die vielen Abriegelungen die Bauarbeiten erheblich, und nicht zuletzt werden MitarbeiterInnen immer wieder selbst gezielt attackiert. Zu den Tätigkeitsfeldern des HRC gehören zudem eine Dokumentation, in der bis zu 1500 Jahre alte Dokumente zur Stadt aufbewahrt werden, und ein Forschungszentrum. Allen widrigen Umständen zum Trotz hat sich durch das Stadtentwicklungskonzept die Situation in der Altstadt sichtbar verbessert, sodass sie sowohl architektonisch aufgewertet als auch sozial und wirtschaftlich wieder stärker belebt werden konnte.

Jüdische Gemeinde

Für die Verantwortlichen des HRC ist klar, dass die Wahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes auch die Möglichkeit der Rückkehr der ehemals in der Altstadt lebenden jüdischen Gemeinde beinhaltet, sofern dies unter der Souveränität der einheimischen Behörden geschieht. Die rund 1500 Nachkommen der im 15. Jahrhundert aus Spanien vertriebenen Juden/Jüdinnen hatten bis Anfang des 20. Jahrhunderts als eigenständige, politisch und wirtschaftlich integrierte Religionsgemeinschaft unter der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung gelebt. Spannungen zwischen den beiden ethnisch-religiösen Gruppen kamen erst mit Beginn der zionistischen Kolonisierung Palästinas

auf und entluden sich 1929 in einem Massaker, dem 67 jüdische EinwohnerInnen zum Opfer fielen. Der Grossteil der jüdischen Bevölkerung wurde von muslimischen Nachbarn vor dem aufgeheizten Mob beschützt und verliess in der Folge die Stadt. 1931 kehrten 35 jüdische Familien zurück, bis sie 1936 von den Briten evakuiert wurden, nachdem es überall in Palästina erneut Aufstände gegen die zionistische Politik gab. Der Grossteil der ursprünglichen jüdischen EinwohnerInnen Hebrons distanziert sich von der feindlichen Haltung der extremistischen Siedlerbewegung. So hatten 40 Nachkommen der früheren jüdischen Gemeinde 1996 in einer Petition deren Evakuierung gefordert. Einige versuchten, ihre ehemaligen Häuser in der Altstadt zurückzuerhalten, um sie dem Zugriff der SiedlerInnen zu entziehen. Die tatsächliche Rückkehr und Rückgabe des ehemaligen Besitzes wird ihnen von den israelischen Behörden aber verweigert.

Selbst wenn es momentan nicht so aussieht, als könnte das Problem Hebrons demnächst gelöst werden, hat die Arbeit des HRC doch dazu beigetragen, dass wieder etwas mehr Leben in die Altstadt eingekehrt ist und sich die Wohnqualität nach und nach verbessert. Ein grosser Knackpunkt bleibt die prekäre Sicherheitslage. Mit dem Rückzug der internationalen BeobachterInnen verschärft sich vor allem die Lage der in unmittelbarer Nähe zu den SiedlerInnen wohnenden Bevölkerung, da sie den täglichen Aggressionen ungeschützt ausgeliefert ist. Das vom örtlichen Komitee Jugend gegen Siedlungen ins Leben gerufene Schutzprojekt kann sich gegenüber den SiedlerInnen kaum Respekt verschaffen.

Ein weiterer Knackpunkt bleibt, höher qualifizierte jüngere Menschen zum Leben in diesem Teil der Stadt zu motivieren und die entsprechende Infrastruktur – von Schulen über ärztliche Einrichtungen bis zu Freizeitmöglichkeiten – sowie attraktive Jobs zu schaffen.

Wann sich die Situation letztlich ändern wird, ist nicht abzusehen. Doch auf Dauer wird sich die aktuelle Unrechtssituation nicht halten lassen.

Eigentlich läuft es prima für Israel – 2

Birgit Althaler

Eine nie ausgestrahlte Reportage des Senders Al Jazeera¹ zeigt, mit welchen Methoden Israel und israelfreundliche Organisationen die politische Diskussion in den USA zu beeinflussen und die Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) zu bekämpfen versuchen. Teil 2²



Rosarote Bagels, Girlpower und Israelische Luftwaffe – passt doch bestens zusammen, oder?

Ein zentraler Schwerpunkt und drittes Standbein der Lobbyarbeit – neben der Arbeit im Kongress und in Thinktanks – ist laut Josh Block, Vorsitzender von The Israel Project (TIP), die Arbeit mit den Medien. In diesem Sektor ist seine Organisation gleich selbst tätig. Um die Berichterstattung im Sinn der israelischen Sichtweise zu beeinflussen, unterhält TIP in Jerusalem ein eigenes Pressebüro mit 20 Mitarbeitenden. Es vermittelt JournalistInnen privilegierte Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten und bietet allerlei attraktive Dienstleistungen an. Dank ausgezeichneter Vernetzung und einem schnellen Einsatzteam ist TIP oft als Erstes in der Lage, Fotos, Videos, Interviews und Kommentare zu aktuellen Er-

eignissen zu liefern. Mit Stolz heisst es auf der Website, TIP biete vertrauenswürdige Information und sei prägend für die Art, wie Israel in den internationalen Medien dargestellt werde. Wie ein vom Undercover-Reporter für TIP erstellter interner Bericht zeigt, dominierte beispielsweise 2016 ein von TIP hergestelltes Video über einen Anschlag auf den Sarona-Markt in Tel Aviv die Berichterstattung im Westen. Im Gegensatz zu anderen Medien wurde darin behauptet, die PalästinenserInnen in Jerusalem hätten den Anschlag gefeiert. Die Bilder dazu stammten aber von einem anderen Anlass zwei Jahre zuvor aus Ramallah. Der ehemalige CNN-Journalist Jim Clancy kommentiert dazu: „Wenn TIP mit

JournalistInnen zusammenarbeitet und ihnen die Schlagzeilen und den Inhalt vorschlägt, hat das mit Journalismus nichts mehr zu tun. Es ist Propaganda.“

Welche Nachrichten besonders „ziehen“, lässt TIP monatlich in US-weiten Umfragen erheben. David Hazony, bis 2017 Chefredaktor des von TIP herausgegebenen Tower Magazine, betont, dass die meisten Menschen ihre Informationen heute durch das Überfliegen von Schlagzeilen erhalten. Ein Team von Mitarbeitenden mache nichts anderes, als mit grösster Sorgfalt Schlagzeilen zu produzieren und sie dann mit dazu passenden Texten zu ergänzen. Daneben produziert TIP kurze Videoclips zu aktuellen politischen Debatten wie jener über das Atomabkommen mit dem Iran. Kein noch so guter Artikel könne mit solchen Videos mithalten, ist Josh Block überzeugt. Früher sei die amerikanische Öffentlichkeit für das Abkommen gewesen, heute sei sie dagegen.

Ein weiterer bedeutender Arbeitsbereich im TIP sind soziale Medien. Hier bietet sich die Organisation als Dienstleister für viele andere Medienkanäle an, die das vom TIP erstellte Material in eigenem Namen veröffentlichen. Zudem leitet es eine Reihe von Facebook-Communities zu verschiedenen Themenbereichen wie Ökologie, Feminismus, Gesundheit oder Lifestyle-Themen, die viele zufällige Artikel und vor allem viel belangloses Bildmaterial enthalten, unter das dann zu etwa 25 Prozent israelrelevante Informationen gemischt würden. Daneben unterhält TIP eine Abteilung namens „Kriegsraum“ zur Überwachung von Medien und Kommunikation. Eine andere Einheit mit der Bezeichnung „Echorraum“ hat die Aufgabe, die Sichtweise von TIP in Medien zu verbreiten und unerwünschte Narrative zu neutralisieren. Eine ehemalige Mitar-

¹ Der Film ist trotzdem auch an die Öffentlichkeit gelangt. Die vier Teile können im Internet angesehen werden www.dailymotion.com/video/x6wisw0; .../video/x6wuiuj; .../video/x6wivtg; .../video/x6wklwn.
² Teil 1 erschien im Palästina-Info von Winter 2018.

² tinyurl.com/hebron-old-city

beiterin erzählt mit Unbehagen, wie fanatisch versucht werde, PalästinenserInnen mit Terror gleichzusetzen, indem beispielsweise möglichst viele Bilder von palästinensischen Kindern mit Messern verbreitet werden, oder wie sie angehalten worden sei, im Zusammenhang mit israelkritischen Stimmen möglichst oft den Begriff „rassistisch“ zu verwenden.

Zu den unerwünschten Narrativen gehört die Bezeichnung von Israel als Apartheidregime, wie sie namentlich von der BDS-Bewegung in die Diskussion eingebracht wird. Diese Charakterisierung der israelischen Realität und Politik bedroht die Darstellung der Israel-Lobby. TIP hat daher ein Projekt mit dem Namen „Stealing my apartheid“ lanciert, in dem Schwarze dafür gewonnen werden, sich in US-Medien darüber zu beschweren, dass ihnen BDS „ihr Narrativ“ stehle. Nachdem sich die Bürgerrechtsbewegung Black Lives Matter offiziell hinter die BDS-Kampagne stellte, bemühten sich die Lobbyisten, Persönlichkeiten aus der Black Community für öffentliche Stellungnahmen gegen die BDS-Bewegung zu gewinnen. Die Lobbyorganisation AIPAC übernimmt die Aufgabe, Jugendliche aus der Black Community bei voller Übernahme aller Spesen zu Konferenzen oder Israel-Reisen einzuladen. Kjury Petersen-Smith von Black Lives Matter kommentiert dazu: „Sie haben Angst vor beidem, vor BDS und vor Black Lives Matter. Es ist widerlich, wie hier ein Freiheitskampf gegen einen anderen ausgespielt wird.“

Skrupellose Methoden

Auch an den Unis agieren die meisten LobbyvertreterInnen im Hintergrund, da ihnen bewusst ist, dass es bei den Studierenden schlecht ankäme, wenn bekannt wäre, für wen sie arbeiten. Zu den zahlreichen Pro-Israel-Gruppen an Unis zählen StandWithUs und die Israel on Campus Coalition (ICC). Letztere beschäftigt mit ihren nationalen Partnerorganisationen über 100 Personen und koordiniert die Auftritte der verschiedenen Gruppen. Angefangen hat sie mit einem Budget von ein paar Tausend Dollar, heute

sind es rund 1,5 bis 2 Millionen, wie Jacob Baime, Geschäftsführer von ICC, stolz erklärt. Zur Schulung der Mitarbeitenden in der „opposition research“, der Suche nach Informationen, die gegen AktivistInnen eingesetzt werden können, stützt sich ICC auf professionelle Beratungsfirmen.

Bill Mullen, Professor an der Purdue-Universität, erzählt, wie ihm plötzlich von mehreren gleichzeitig hochgestarteten Facebook-Seiten sexuelle Übergriffe vorgeworfen wurden und selbst seine Tochter ins Spiel gebracht wurde. Woher der Wind wehte, wurde ihm erst bewusst, als es irgendwo hiess, er habe eine Studentin dazu angehalten, die Palästina-Solidarität zu unterstützen. Es ist psychologische Kriegsführung, wenn alle paar Stunden neue Nachrichten über jemanden auf Facebook veröffentlicht werden. „Entscheidend“ sei, so Baime, dass das Material „sicher und anonym“ eingesetzt wird. Sichtlich stolz rühmt er die Effizienz seiner Methoden: „Entweder sie hören auf oder sie investieren Zeit, um darauf zu reagieren und zu recherchieren – und das ist Zeit, in der sie Israel nicht angreifen können.“

Mit Genugtuung erwähnt ein anderer Lobbyist von StandWithUs, dass manche der Follower in den sozialen Medien ziemlich grenzwertige Einträge posten. Als Organisation wollten sie damit natürlich nicht in Verbindung gebracht werden. Die Grenze zwischen Stimmungsmache, Manipulation, Drohung, Verleumdung und Rufmord verläuft fließend. Besonders aggressiv tritt die anonyme Canary Mission auf, die auf ihrer Website eine schwarze Liste mit israelkritischen Organisationen, ProfessorInnen und Studierenden führt, denen z.B. unterstellt wird, Terror zu finanzieren oder zur Zerstörung des jüdischen Staates aufzurufen. Canary Mission schreckt auch nicht davor zurück, Arbeitgeber von AktivistInnen anzurufen und deren Entlassung wegen angeblichem Antisemitismus zu fordern.

Manipulierte Dokumente

Wie Bild- und Tonmaterial technisch manipuliert und ideologisch ausgeschlachtet wird, zeigen mehrere Beispiele von Uni-Campussen, die in den USA oft israelkritisch sind. Als an der Uni UC Davis eine Abstimmung über die Unterstützung von BDS bevorsteht, hält eine für Uni-Lobbying zuständige Angestellte der israelischen Botschaft eine Rede gegen BDS und lässt sich dabei filmen. Dann verlässt sie mit einer Handvoll AnhängerInnen den Saal. Den Mitschnitt ihres geräuschvollen Auftritts lässt sie so bearbeiten, dass der Eindruck entsteht, sie wären unter Allahu-al-Akbar-Rufen aus dem Hörsaal geworfen worden. Bevor noch die Abstimmungsergebnisse bekannt sind, wird über soziale Medien die Story von judenfeindlichen islamistischen Studierenden verbreitet. Gegenüber dem Reporter erklärt die Lobbyistin, es sei darum gegangen, in einer aussichtslosen Abstimmung den Gegnern zuvorzukommen und die Berichterstattung mit dem eigenen Narrativ zu dominieren. Als in den Tagen danach in Uni-Nähe antisemitische Schmiereereien auftauchen, die dieselbe Lobbyistin im privaten Gespräch weissen Suprematisten zuschreibt, wird auch diese Tat medienwirksam den Studierenden untergejubelt.

Die Universität Tennessee wird Opfer einer anderen Manipulation. Mit Unterstützung des Louis D. Brandeis Center for Human Rights unter Law erstellt eine Journalistin der jüdischen Zeitung The Algemeiner eine Liste mit 14 Leuten, die antisemitische Tweets verbreitet haben. Obwohl jüdische Studierende bestreiten, an der Uni je belästigt worden zu sein, und dies der Journalistin auch bekannt ist, werden die Tweets unter dem reisserischen Titel „Antisemitismus-Jauchengrube“ zu einem allgemeinen Rassismusproblem auf dem Campus und damit zum Skandal aufgebauscht. Im Licht der Berichterstattung wird Druck auf die Universität und die PolitikerInnen des Bundesstaates aufgesetzt. Am Tag des Gedenkens an den Holocaust wird an der Uni der Film „Unmasked Judeo-



phobia“ vorgeführt, der behauptet, MuslimInnen hätten ähnliche Absichten wie Nazis, nämlich die Vernichtung der Juden/Jüdinnen zu vollenden. Der Film genügt laut Prof. Helele Simreich vom Institut für Jüdische Studien derselben Uni wissenschaftlichen Standards in keiner Weise. Der tiefere Sinn dieser Kampagne: Das konservative Tennessee mit seinem hohen Anteil an Evangelikalen beschliesst 2015 als erster Bundesstaat ein Anti-BDS-Gesetz und wird damit zum Präzedenzfall für ähnliche Bemühungen in anderen Bundesstaaten.

Zweifel

Eine Sorge, die bei mehreren Lobbyisten zum Ausdruck kommt, ist, dass sich Israel als Marke immer schlechter verkaufen lässt und sich die jüngere Generation zunehmend von Israel entfremde. Auch unter amerikanischen Juden/Jüdinnen schwindet die Identifikation mit Israel und wächst die Kritik an dessen Politik. Viele sprechen den Lobby-Organisationen ab, positive jüdische und allgemein menschliche Werte zu vertreten.

Dass die Lobby dem inhaltlich wenig entgegenzusetzen hat, eine offene Auseinandersetzung über die faktische Politik Israels so weit wie möglich vermeidet und stattdessen auf aggressive Methoden der Verleumdung zurückgreift, wird in der Dokumentation deutlich. Sie versucht vor allem, kritische Stimmen oft anonym und mit manipuliertem Material einzuschüchtern und die politische

Meinungsfreiheit einzuschränken. Die in unzähligen Varianten wiederholte Behauptung lautet, die BDS-Kampagne, die als zentrale Bedrohung wahrgenommen wird, sowie andere KritikerInnen der israelischen Politik seien antisemitisch, demokratiefeind-

lich und befürworteten Terror und Gewalt.

Für die Unterstützung Israels spielen die USA zweifellos eine besondere Rolle. Entsprechend hoch sind die Mittel, die dort aufgewendet werden, um diese Unterstützung langfristig zu sichern. Wie kritische MedienkonsumentInnen und AktivistInnen feststellen können, unterscheiden sich die Argumentationsmuster und die Vorgangsweise israelfreundlicher Gruppen und Akteure aber nicht besonders von dem, wie in Europa versucht wird, Einfluss auf Medien, Politik und die öffentliche Meinung zu nehmen. Das beste Mittel, um sich dagegen zur Wehr zu setzen, bleibt, konkrete Fakten der israelischen Politik ins Zentrum zu rücken und sich auf der Grundlage anerkannter internationaler Standards für die Rechte der PalästinenserInnen einzusetzen.

Labours Einknicken vor der Israel-Lobby

Ein von Al-Jazeera produzierte Undercover-Doku (www.aljazeera.com/investigations/thelobby/) zeigt, wie sich Israel in die britische Politik einmischt, um kritische Stimmen zu stoppen. Im Visier steht auch die Labour-Partei, deren Vorsitzender Jeremy Corbyn sich für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzt. Im Umgang mit verleumderischen Antisemitismusvorwürfen erweist sich die Partei alles andere als souverän. Seit ihr die Israel-Lobbyein gravierendes Antisemitismusproblem andichtet, wurden mehrere, auch jüdische Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Ein Opfer der Kampagne ist Jackie Walker, eine prononcierte linke, antirassistische Aktivistin und Corbyn-Unterstützerin. Der schottische Autor und Aktivist Jon Pullman hat einen beeindruckenden Film zu dieser „Hexenjagd“ produziert, der online verfügbar ist. Er thematisiert die Angriffe im Kontext eines generellen Rechtsrutschs in Europa, in dem die politische Meinungsfreiheit engagierter MenschenrechtsverteidigerInnen immer stärker bedroht ist: <https://witchhuntfilm.org>

SP Schweiz macht sich stark für schwache Definition

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz macht sich zur Vorreiterin der international umstrittenen Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (vgl. Artikel im Palästina-Info von Sommer 2018), die in ihrer Essenz schwach und in der Stossrichtung problematisch ist. In einem Postulat doppelt Nationalrat Paul Rechsteiner nach und befürwortet die Übernahme der IHRA-Definition durch den Bund. Die Kritik daran entzündet sich einerseits an der vagen Definition selbst, andererseits an den damit verbundenen Beispielen, die auch berechtigte Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch beurteilen. BDS Schweiz und andere Organisationen, darunter die Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina, rufen die SP auf, den Beschluss rückgängig zu machen. Mehr dazu demnächst unter www.bds-info.ch; siehe auch www.infosperber.ch/Artikel/Gesellschaft/Antisemitismus-IHRA-Definition-Paul-Rechsteiner-Postulat.

Die Wahlen in Israel

Hanspeter Gysin

Israel bleibt nach den vorgezogenen Wahlen vom 9. April 2019 wie erwartet in den Händen der rechten, annexionistischen zionistischen Parteien. Mit den nach geplatzen Koalitionsverhandlungen erneut notwendigen Wahlen im Herbst 2019 dürfte sich daran grundlegend nichts ändern.¹



Von den 6,3 Millionen stimmberechtigten Israelis haben sich im April 4,3 Millionen, also 68,5 Prozent, an den Wahlen für die 120 Sitze der Knesset beteiligt. Der Wahlkampf war geprägt von Annexionsankündigungen, der Beschworung des Feindbilds Iran und Schlammschlachten mit Vorwürfen über angebliche geistige Defizite oder Sexgeschichten der Gegenseite weit unter der Gürtellinie. 41 Parteien haben am Wettbewerb teilgenommen, davon zogen sich 30 vorzeitig zurück oder scheiterten an der Wahlhürde von 3,25 Prozent. Diese war in der Erwartung, lästige und potenziell destabilisierende Kleinparteien und nicht zuletzt die Vertretung palästinensischer Interessen aus der Knesset zu verdrängen, im Jahr 2014 von

ursprünglich 2 Prozent angehoben worden.

Eine detaillierte Analyse der Wahlergebnisse findet sich auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.org.il/knesset-wahlen-2019/). Die von Menachem Begin (ehemaliger Führer der zionistischen Miliz Irgun und 1977–1983 Ministerpräsident Israels) gegründete, später von Ariel Sharon (2001–2005) geprägte und seit 1996 von Benjamin Netanyahu dominierte Likud-Partei wurde von 26,46 Prozent der Stimmmenden gewählt und erlangte so 35 Parlamentssitze. Genügend, um Netanyahu eine fünfte Amtszeit als Präsident des jüdischen Staates in Aussicht zu stellen.

Konkurriert wurde Likud vom Bündnis Blau-Weiss des Generals Benny Gantz, einer Partei, die im Wesentlichen von Militärs geführt wird. Gantz, ein militärischer Hardliner, wurde von den Medien als „Opposition“ bezeichnet, unterscheidet sich jedoch ideologisch wenig vom Likud-Chef. Wenn es in seinem Bündnis Exponenten gibt, die nichts mit Netanyahu zu tun haben wollen, dann stützt sich deren Haltung mehr auf die öffentlichen Korruptionsvorwürfe, die Arroganz des Regierungschefs und seine Duldsamkeit mit den jüdisch-orthodoxen Koalitionspartnern als auf die Besatzungspolitik und fortschreitende ethnische Säuberung. Das Bündnis wurde erst 2019 im Hinblick auf die Wahlen gegründet, und es ist gut möglich, dass die etwas wackelige Allianz von Gantz nach einiger Zeit wieder zerfallen wird. Blau-Weiss vereinigte 26,13 Prozent der Stimmen auf sich und kommt damit ebenfalls auf 35 Sitze. Die lediglich 14 000 Stimmen, die Gantz gegenüber Netanyahu fehlten, darf man, ohne gross spekulieren zu müssen, auf die Wahlhilfe Donald Trumps für Letzteren zurückführen, u. a. auf seine Zustimmung zur Annexion von Ostjerusalem und den syrischen Golanhöhen. So zeigten auch die Grossplakate in den Ballungszentren Israels Trump und Netanyahu überlebensgross und freundschaftlich verbunden.

Den beiden Grossen folgten die zwei ultrareligiösen Parteien Vereinigtes Thora-Judentum (das die religiösen, ursprünglich europäischen Ashkenasi vertritt) und Schas (Vertreter der ursprünglich orientalischen religiösen Mizrahim), die je rund 6 Prozent und zusammen 16 Sitze erlangten, gefolgt von den beiden rechtsradikalen Parteien Unser Heim Israel und Union der rechten Parteien mit insgesamt 10 Sitzen sowie schlussendlich der Likud-Abspaltung Kulanu mit 4 Sitzen.

Die aus Awoda (Arbeitspartei) und Meretz bestehenden Linkszionisten kamen auf insgesamt 10 Sitze. Die sozialdemokratische zionistische Arbeitspartei hatte sich gespalten, ist teilweise im Weiss-Blau-Bündnis aufgegangen und wurde durch den Verlust von zwei Drittel ihrer Sitze abgestraft.

Rechts von Likud sind die Chancen klein

An etwa 1500 fehlenden Stimmen scheiterte der Versuch von Justizministerin Ayelet Schaked und Bildungsminister Naftali Bennet, mit ihrer eigenen neuen Partei Neue Rechte den Likud erfolgreich rechts zu überholen und ins Parlament zu kommen. Beide waren früher führende Likud-Mitglieder, gaben zwischenzeitlich in der annexionistischen Partei Jüdisches Heim den Ton an, verliessen diese dann aber wieder zugunsten einer noch bedingungsloseren Politik. Schaked ist eine der UrheberInnen des Nationsgesetzes, das letztes Jahr den Apartheidcharakter des zionistischen Staates ins Gesetz einschreiben liess. Ihr Wahlkampfauftritt mit dem Parfüm „Fascism“, das sie in einem weit verbreiteten Videoclip² als Duft von Demokratie („smells like democracy“) bezeichnete, war mehr als entlarvend. Und ihre Aussage, man solle die Mütter von Söhnen, die gewaltsam Widerstand gegen die Besatzung leisten, ebenso töten wie „die Schlangen, die sie gebären“, ist legendär. Bennet, ein Agent der Siedlerbewegung, setzt sich intensiv dafür ein, immer mehr besetztes palästinensisches Land zu annektieren.

Moshe Feiglin, auch er ein ehemaliger Likud-Politiker, schaffte mit seiner rechtsradikalen Partei Zehut (Identität), die den jüdischen Israelis verspricht, den Felsendom und die Al-Aksa-Moschee zu zerstören und durch einen jüdischen Tempel zu ersetzen, die Hürde ebenfalls nicht.

Marginalisiertes Friedenslager

Die Bündnisse, welche eine Friedenslösung mit egalitären Rechten für die PalästinenserInnen anstreben – einerseits Balad (Demokratisch-Nationale Allianz) und die Vereinigte arabische Liste und andererseits die kommunistisch orientierte Chadash (Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung) mit der Arabischen Erneuerungsbewegung –, erlangten zusammen ganze 10 Sitze.

Die nichtjüdische Bevölkerung, soweit sie überhaupt wahlberechtigt ist



„Israel ist nicht Staat all seiner Bürger ...“
Inserat von Jewish Voice for Peace, das in verschiedenen US-Medien erschien. Bild: JVP

(90% der EinwohnerInnen des annektierten Ostjerusalems sind beispielsweise von den Knesset-Wahlen ausgeschlossen), ist nur etwa zur Hälfte zu den Urnen gegangen. Ein Grund dafür war sicherlich, dass die israelische Wahlkommission die Balad-Partei unter dem Vorwand, sie kollaboriere mit Terroristen, von der Beteiligung ausgeschlossen hatte, bis der Oberste Gerichtshof den Bann kurz vor der Wahl wieder aufhob. Ausserdem hatte Likud etwa 1200 mit Videokameras ausgerüstete „Wahlbeobachter“ in von PalästinenserInnen frequentierten Wahllokalen aufgestellt, angeblich, um Wahlbetrug durch die arabischen BürgerInnen zu verhindern oder gegebenenfalls aufzudecken.

Im israelischen Parlament (Knesset) sitzen sich also nach diesen Wahlen 100 VertreterInnen rechter und rechtsradikaler Parteien sowie nationalistischer Militärs und 10 Linkszionisten, 5 VertreterInnen einer „Zweistaatenlösung“ und 5 VertreterInnen eines gemeinsamen säkularen Staates gegenüber.

In einem provokativen Inserat zierte die US-amerikanische Jewish Voice for Peace Netanyahu mit der Aussage: „Israel ist nicht Staat all seiner Bürger, Israel ist die Nation des jüdischen Volkes – und von diesem alleine“ und rief dazu auf, sich nicht von der proisraelischen Lobbyorganisation AIPAC einspannen zu lassen.

Partei	Stimmen	%	Sitze	+/-
Likud	1.140.370	26,46	35	+5
Kachol Lavan (Weiss-Blau)	1.125.881	26,13	35	+24
Schas	258.275	5,99	8	+1
Vereinigtes Thora-Judentum	249.049	5,78	8	+2
Chadasch-Ta'al	193.442	4,49	6	+1
Awoda	190.870	4,43	6	-12
Jisra'el Beitenu	173.004	4,01	5	±0
Union der rechten Parteien	159.468	3,70	5	±0
Meretz	156.473	3,63	4	-1
Kulanu	152.756	3,54	4	-6
Ra'am-Balad (Arabische Liste)	143.666	3,33	4	-4
Hayemin Hehadash	138.598	3,22	-	-3
Zehut	118.031	2,74	-	-
Gescher	74.701	1,73	-	-1
26 weitere Listen	34.686	0,80	-	-
gültige Stimmen	4.309.270	100	-	-
ungültige und leere Stimmen	30.983	-	-	-
Total Stimmen	4.340.253	-	-	-
Wahlberechtigte/Beteiligung	6.339.729	68,46	-	-

Quelle: votes21.bechirov.gov.il

¹ Eigentlich wären reguläre Wahlen erst im November 2019 angesagt gewesen. Aufgrund des Zwists von Regierungschef Benjamin Netanyahu mit der Partei des rechtsradikalen ehemaligen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman und Fraktionen der Jüdisch-Orthodoxen wurden sie auf April ververschoben. Da die Regierungsbildung scheiterte, kommt es nun im September 2019 zu einer weiteren vorgezogenen Wahl. Da diese Entwicklung kurz vor Drucklegung stattfand, kann sie im vorliegenden Artikel nicht mehr berücksichtigt werden.

Die April-Wahl kam Netanyahu entgegen, weil der Wahlkampf so seiner drohenden Anklage wegen Korruption durch die Justiz zuvorkam.

² <https://youtu.be/kLnZGj83vM>

Israelische Politik erklärt

Der in Israel lebende Friedensaktivist David Sheen, ein in Kanada geborener Journalist und Filmemacher, unterteilt zum Zweck seiner Politanalyse das ständig neue Koalitionen bildende und deshalb unübersichtliche Parteienspektrum Israels in vier ideologische Strömungen³:

- A. die „Segregationisten“, die zwei Staaten fordern
- B. die „Integrationisten“, die sich ein Zusammenleben mit den PalästinenserInnen in einem Staat vorstellen können
- C. die „Dominatoren“, die einen Apartheidstaat mit Vorrechten für die jüdische Bevölkerung wünschen
- D. die „Eliminatoren“, die sich der palästinensischen Bevölkerung durch Vollendung der ethnischen Säuberungen entledigen wollen.

Durch Vergleich von Umfrageergebnissen in der jüdischen Bevölkerung mit Wahlergebnissen kommt er zum Schluss, dass sich zwar ein überwiegender Teil der jüdischen Israelis verbal für eine Zweistaatenlösung ausspricht, im Widerspruch dazu aber Bedingungen stellt wie den Vorrang von Juden/Jüdinnen vor AraberInnen, keine Souveränität des palästinensischen Staates, keine Rückgabe von konfiszierten Siedlungsterritorien, kein Recht auf Rückkehr der Vertriebenen und selbstverständlich auf Jerusalem als „Hauptstadt Israels“ beharrt.

Anhand der vorliegenden Zahlen stellt Sheen fest, dass keine 5 Prozent der WählerInnen sich für Parteien entschieden haben, die eine gerechte Lösung anstreben, hingegen an die 60 Prozent für Parteien stimmten, die Positionen der Apartheid vertreten und über 20 Prozent der WählerInnen Parteien wählten, welche für die definitive Vertreibung der PalästinenserInnen aus dem Land sind.

Apartheidfreie Veloläden ...

Interview: Roman Vonwil

In zahlreichen Ländern starten zurzeit neue Kampagnen mit dem Ziel, apartheidfreie Zonen zu errichten. Ihren Anfang nahm diese neue Idee vor wenigen Jahren im spanischen Staat. Hier ein Interview mit beteiligten AktivistInnen.

2014 trafen sich AktivistInnen aus unterschiedlichen Regionen im spanischen Staat¹ zu einer Diskussion über die aktuellen Strategien der Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS). Kurz zuvor endete der israelische Angriffskrieg auf den Gazastreifen, der über 2200 palästinensische Todesopfer forderte. Wie in vielen anderen Ländern haben auch im spanischen Staat Zehntausende Menschen gegen das brutale Vorgehen der israelischen Armee protestiert und sich solidarisch mit den PalästinenserInnen gezeigt. Auch die Forderung nach BDS wurde im Zug der Proteste populärer. Die BDS-AktivistInnen realisierten an ihrem Treffen, dass nicht nur Einzelpersonen Israel boykottieren, sondern auch kulturelle und Gemeinschaftszentren, Sportplätze, Theater, besetzte Hausprojekte, Grassroot-Organisationen, Bars und Läden ihren Widerstand gegen die israelische Apartheid und ihre Unterstützung für die Menschenrechte in Israel/Palästina zum Ausdruck bringen wollten. Palästina-Info hat mit Sete, Ana, Jorge und Héctor, AktivistInnen von Red Solidaria Contra la Ocupación de Palestina (RESCOP), gesprochen, die als Antwort auf dieses Bedürfnis die Kampagne für apartheidfreie Zonen ins Leben gerufen haben.

Heute existieren zahlreiche apartheidfreie Zonen in Madrid und

anderen Städten im spanischen Staat. Wie sah der Start der Kampagne aus?

Sie begann mit kleinen Schritten. Wir nahmen Kontakt auf zu den Bars, Läden und sozialen Treffpunkten, in denen wir regelmässig rumhängen. Dann ging es schnell. Innerhalb weniger Wochen hatten wir bereits zahlreiche Orte, die sich der Kampagne für apartheidfreie Zonen angeschlossen haben. Es war eine gemeinsame Anstrengung, an der sich viele Gruppen im spanischen Staat beteiligt haben. Also haben wir die Informationen auf einer Website (<https://boicotisrael.net/elai/>) gesammelt, mit einer Liste und einer Karte aller Orte. Wir haben den Verantwortlichen der Läden, Bars, kulturellen und sozialen Zentren Aufkleber gegeben, mit denen sie an Eingangstüren und Fenstern zeigen können, dass dort palästinensische Menschenrechte respektiert werden und jegliche Komplizenschaft mit der israelischen Apartheid abgelehnt wird.

Die Kampagne ist eine tolle Gelegenheit für uns BDS-AktivistInnen, die Botschaften der Bewegung zu verbreiten und mit den Menschen darüber zu sprechen, was sie konkret in Solidarität mit dem palästinensischen Volk tun können. Viele Läden haben auch vorher keine Produkte aus Israel verkauft. Wir geben ihnen die Möglichkeit, zu zeigen,



Das Kulturzentrum „La Ingobernable“ im Stadtzentrum Madrids hat sich zur apartheidfreien Zone erklärt – und zeigt seine Unterstützung für die Rechte der PalästinenserInnen.

dass es eine bewusste moralische Entscheidung ist, keine solchen Produkte anzubieten.

Wie reagieren Laden- und BarbesitzerInnen, wenn ihr sie zum ersten Mal auf die Apartheid in Israel/Palästina anspricht und ihnen von der Kampagne erzählt?

Wenn wir uns an einen Laden wenden, müssen wir immer im Hinterkopf haben, dass wir diesen Ort mehrmals besuchen müssen. Manchmal war die verantwortliche Person gar nicht da und wir mussten an einem anderen Tag wieder kommen. Manchmal hatten sie ein israelisches Produkt – zum Beispiel Medjool-Datteln aus dem besetzten Jordantal oder Ahava-Kosmetikpro-

Was muss eine Bar oder ein Geschäft tun, um eine apartheidfreie Zone zu werden?

Grundsätzlich ist es ganz einfach, eine apartheidfreie Zone zu werden. Sie müssen uns bloss sagen, dass sie die Kampagne unterstützen möchten. Und natürlich keine israelischen Produkte verkaufen oder sich an keinem kulturellen oder sportlichen Anlass beteiligen, der von der israelischen Regierung gesponsert wird oder mit dem die israelische Apartheid weissgewaschen werden soll. Bei der Frage, ob ein kultureller, sportlicher oder akademischer Anlass boykottiert werden soll, halten wir uns an die Richtlinien des nationalen palästinensischen BDS-Ausschusses (BNC) und der Palästinensischen Kampagne für den Akademischen und Kulturellen Boykott (PACBI).²

Als Gegenleistung nehmen wir das Geschäft in unsere Liste der apartheidfreien Zonen auf und geben den BesitzerInnen die Aufkleber, mit denen sie allen stolz zeigen können, dass sie sich nicht an israelischen Menschenrechtsverletzungen beteiligen.

Auf der Webseite von RESCOP schreibt ihr, dass es eine Möglichkeit zur Solidarität mit den PalästinenserInnen ist, die „über blosser humanitäre und wohlthätige Handlungen hinausgeht“. Was meint ihr damit?

Die PalästinenserInnen haben uns tausendmal gesagt: „Wir brauchen keine Wohltätigkeit, sondern politische Solidarität.“ Es gibt bereits zuhauf symbolische Aktionen und schöne Reden für Palästina – ohne dass tatsächlich etwas geschieht. Es ist also unser Hauptziel als Solidaritätsgruppe, das Bewusstsein zu schärfen und konkrete Schritte in Richtung dieser Solidarität zu unternehmen. Die Boykottkampagne war der Schlüssel zur Beendigung der

³ Vgl. davidsheen.com/elections/ und den Vortrag von David Sheen unter youtu.be/NEK-2tXKE_hU.

¹ Der spanische Staat besteht aus verschiedenen Nationalitäten (Nacionalidades) und Regionen. Die Bezeichnung „Spanien“ vermittelt das irreführende Bild einer gemeinsamen Nation und wird von den meisten linken AktivistInnen abgelehnt.

² Deutsche Übersetzungen sind auf der Webseite von BDS Schweiz zu finden: tinyurl.com/kulturellerboykott und tinyurl.com/akademischerboykott

Apartheid in Südafrika, und genau das versuchen wir nun ebenfalls für Israel/Palästina zu erreichen.

In der Tat wird der Straffreiheit Israels durch all die unterschiedlichen Boykottkampagnen – im wirtschaftlichen, kulturellen, institutionellen und akademischen Bereich – entgegenwirkt. Gemeinsam senden wir die klare Botschaft an Israel und seine Verbündeten, dass die Zivilgesellschaft auf die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen reagiert.

In diesem Sinn zielt die Kampagne für apartheidfreie Zonen darauf ab, unterschiedliche Arten der Komplizenschaft mit dem israelischen Apartheidregime zu beenden. Lokale Regierungen verpflichten sich, keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen zu vergeben, die in eklatante Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit – einschliesslich des Verbrechens der Apartheid – verwickelt sind. Quartierläden und Supermärkte nehmen Produkte von Firmen aus dem Sortiment, die von der Unrechtssituation profitieren. Und Kulturzentren lehnen es ab, sich an der israelischen „Artwashing“-Strategie (= Weisswaschung durch Kunst; Anm. der Red.) zu beteiligen.

In Madrid gibt es sogar einen kleinen Veloladen, der sich zu einer apartheidfreien Zone erklärt hat. Kann jedes Geschäft mitmachen?

Alle sind willkommen, sich der Kampagne anzuschliessen! Es gibt apartheidfreie Veloläden, Coiffeure, Heilkräuterapotheken, ZahnärztInnen, Krämerläden ... alles mögliche.

Daneben haben sich zahlreiche Grassroot-Bewegungen ebenfalls als apartheidfrei erklärt. Damit bekommen wir die Chance, ein Netzwerk der Solidarität aufzubauen, was uns hilft, jeden Anlass zu unterbinden, der der israelischen Apartheid zugutekommen könnte. Ein sehr wichtiger Aspekt der Kampagne ist, dass möglichst verschiedene Geschäfte mitmachen: die UnterdrückerInnen sind geeinter denn je, und wir auch! Alle, die sich gegen Rassismus, Unterdrückung und jede Art von Diskriminie-

rung stellen, sind willkommen, sich der AFZ-Kampagne anzuschliessen.

Wenn viele Orte aber auch vorher keine israelischen Produkte verkauft haben, was ist denn die Wirkung der Kampagne?

Visuell wirkt das enorm. Das Gefühl, eine Bar oder einen Laden mit dem Logo der Kampagne auf der Eingangstür zu betreten, ist fantastisch! Du kannst irgendetwas kaufen, ohne dass du dich fragen musst, ob damit die Unterdrückung der PalästinenserInnen finanziert wird.

Die Unternehmen profitieren auch durch unsere Webseite und die sozialen Medien, wo sie erwähnt sind und Publicity erhalten. Und natürlich wächst die BDS-Bewegung auch jedes Mal ein bisschen, wenn jemand das Logo sieht, das auf der Ladentür klebt. Wir erreichen so auch Menschen ausserhalb unserer üblichen Kreise. Wir bauen die Bewegung von unten auf, wachsen horizontal und beziehen immer mehr Menschen in den legitimen Kampf gegen die Apartheid ein.

Im spanischen Staat ist die Kampagne längst nicht nur auf kleine Läden beschränkt. Ganze Städte wie Sevilla, Córdoba und Santiago de Compostela haben sich zu apartheidfreien Zonen erklärt. Wie kam es dazu?

Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2015 wurden viele KandidatInnen in Gemeindeparlamente und -regierungen gewählt, die Grassrootbewegungen oder Bewegungen für das Recht auf Stadt nahestanden. Dadurch boten sich ideale Bedingungen, um mit dem Vorschlag auf

die Lokalregierungen zuzugehen, ein apartheidfreier Ort zu werden. Die grundsätzliche Idee ist, die Kriterien für öffentliche Beschaffungen so zu verbessern, dass nicht nur die Menschenrechte in Israel/Palästina respektiert werden, sondern überall auf der Welt. Und das ist ja schliesslich auch eine Verpflichtung, die jede Gemeinde hat.

Insgesamthaben mehr als 80 Kommunalregierungen aus unterschiedlichen Regionen im spanischen Staat Resolutionen zu apartheidfreien Zonen verabschiedet. In Katalonien, Andalusien, auf den Kanarischen Inseln ... und im País Valencià, wo das Parlament des gesamten Landes Valencia – mit seinen fünf Millionen EinwohnerInnen – eine solche Resolution verabschiedet hat. Auch die Stadt València mit fast einer Million EinwohnerInnen hat am 31. Mai vergangenen Jahres einen ähnlichen Beschluss gefasst und ist somit die grösste Stadt der Welt, die sich der BDS-Bewegung angeschlossen und sich zu einer apartheidfreien Zone erklärt hat. Aktuell werden in anderen Regionen der Welt, insbesondere in Nordeuropa und Lateinamerika, ähnliche Initiativen gestartet, die von unserer Kampagne inspiriert sind.

Eine Kehrseite hat unser Erfolg: Als Reaktion entstand eine gut organisierte israelische Lobby im spanischen Staat, die sich fast ausschliesslich damit befasst, alle verabschiedeten und hängigen Resolutionen zu apartheidfreien Zonen zu bekämpfen. Aber die lokalen Regierungen sind zum Glück nicht bereit, diese Einmischung in ihre Politik und in ihren Einsatz für die Achtung der Menschenrechte zuzulassen.

Nicht nur im spanischen Staat, sondern auch in Norwegen, Portugal und Belgien existieren bereits zahlreiche apartheidfreie Zonen. Im Juni 2018 hat sich die chilenische Stadt Valdivia zur apartheidfreien Zone erklärt. Und in Italien ging vor wenigen Wochen der Startschuss der Kampagne für Apartheidfreie Zonen los – mit bereits über hundert „Spazi Liberi dall’Apartheid Israeliana“: <https://tinyurl.com/afzitalia>. In Kürze sollen alle solchen Zonen weltweit auf einer gemeinsamen Karte dargestellt werden. In weiteren europäischen Ländern – darunter auch der Schweiz – werden zurzeit ähnliche Kampagnen entwickelt. Wer sich an der Schweizer Kampagne beteiligen möchte, kann sich gerne melden: info@apartheidfree.ch

Falsches Bewusstsein in Deutschland

Roman Vonwil

Die Gleichsetzung von Israelkritik mit Antisemitismus ist in deutschen Institutionen längst gang und gäbe. Der jüngste Bundestagsbeschluss ist der bisherige Höhepunkt einer verzerrten Debatte, in der die eigene Schuld aus der Vergangenheit zu merkwürdigen Schlussfolgerungen führt.

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 2019 einem Antrag zugestimmt, der die BDS-Bewegung als antisemitisch brandmarkt.¹ Unter dem pompösen Titel „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ wird suggeriert, Antisemitismus in Deutschland sei am besten zu bekämpfen, indem der Boykott von israelischen Waren verurteilt wird und keine Organisationen finanziell gefördert werden, „die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.“

Um zu verstehen, wie es zu einem solchen Kurzschluss kommt, lohnt sich ein Blick in den Antragstext. Dort ist die Rede von einer „besonderen historischen Verantwortung“, durch die Deutschland „der Sicherheit Israels“ verpflichtet ist.² „Nie wieder“ bedeutet demzufolge also nicht, Juden und Jüdinnen vor rassistischen Angriffen zu schützen, sondern einen Staat, der für sich herausnimmt, alle Menschen mit jüdischem Hintergrund zu vertreten, bedingungslos gegen jegliche Kritik zu verteidigen.

Unter dieser Prämisse werden selbst israelkritische JüdInnen in Deutschland angegriffen. So ist die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost bereits seit längerem immer wieder institutionellen Angriffen – von Kontosperrung bis zu Versuchen, ihr den Göttinger Friedenspreis abzuerkennen – ausgesetzt. In einem Brief an die FDP, Urheberin des

Bundestagsantrags, weist die Gruppe sarkastisch darauf hin, dass die deutsche Israel-Solidarität selber geschichtsvergessen ist: „Juden in Deutschland, die nicht leidenschaftlich ihre Loyalität zum Staat Israel bekunden, sind überhaupt keine wirklichen Juden. [...] So viel ist sicher, die eigentlich Kriminellen sind nicht die fälschlicherweise als AntisemitInnen bezeichneten Verirrten, die Juden tödlich angreifen oder Synagogen und jüdische Friedhöfe schänden, sondern vielmehr die Zehntausende jüdischen Verräter, die weltweit die BDS-Bewegung unterstützen.“³

„Methoden aus der Nazizeit“

Auch fehlgeleitete Vergangenheitsbewältigung ist der wiederholte Vergleich von BDS mit dem Boykottaufruf der Nazis gegen jüdische Geschäfte. Im Bundestagsantrag heisst es: „Die Aufrufe der Kampagne zum Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie Aufkleber auf israelischen Handelsgütern [...] erinnern zudem an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte. ‚Don’t Buy‘-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten wecken unweigerlich Assoziationen zu der NS-Parole ‚Kauft nicht bei Juden!‘ und entsprechenden Schmierereien an Fassaden und Schaufenster.“ Die deutschen PolitikerInnen scheinen nicht gewillt, zwischen rassistischen Vernichtungskampagnen und legiti-

men Boykotten mit einem politischen Ziel zu unterscheiden. Dass dafür auch Unwahrheiten über die BDS-Bewegung wiederholt werden (BDS ruft nicht zum Boykott individueller KünstlerInnen auf), ist ein wiederkehrendes Muster. So hat zum Beispiel Berlins Bürgermeister 2017 behauptet, BDS stehe mit antisemitischen Schildern vor jüdischen Geschäften.⁴

Es ist verständlich, dass deutsche Menschen aus dem Bewusstsein über die Geschichte des eigenen Landes heraus Assoziationen haben können. Und eine klare Position gegen Antisemitismus sollte in Deutschland wie auch in anderen Ländern eine Selbstverständlichkeit sein. Die Bemühungen jedoch, der von PalästinenserInnen ins Leben gerufenen BDS-Kampagne mit Lügen Antisemitismus anzudichten, um sie danach zu verurteilen, wirkt eher wie ein Versuch, eigene Schuld zu externalisieren.

Lebendige Diskussionskultur

Was vor der Abstimmung im Bundestag weitgehend fehlte – auch weil zahlreiche Abgeordnete der Grünen und Linken ihre Ablehnung bloss durch Enthaltung und Schweigen kundtaten –, findet nun in der deutschen Öffentlichkeit durchaus statt: Eine breite Debatte über den Beschluss, in der JournalistInnen und Intellektuelle Stellung beziehen.⁵ Zu Recht wird die pauschale Verurteilung der BDS-Bewegung als Angriff auf die Meinungsfreiheit kritisiert. Doch den Kern der Sache treffen die 240 prominenten jüdischen und israelischen WissenschaftlerInnen, die in einem Statement deutlich sagen: Eine Vermischung von BDS und Antisemitismus hilft dem notwendigen Kampf gegen Antisemitismus nicht.⁶ Der Bundestagsbeschluss ist Zeichen der bedingungslosen Unterstützung eines Apartheidstaates und hat mit der Bekämpfung von Antisemitismus nichts zu tun.

1 Es existieren zahlreiche Artikel dazu, zum Beispiel: tinyurl.com/bundestag-verurteilt

2 tinyurl.com/bundestag-bds

3 Der Brief und weitere lesenswerte Texte sind auf der Webseite der Jüdischen Stimme zu finden: www.juedische-stimme.de und tinyurl.com/Brief-danke-fdp

4 tinyurl.com/methoden-nazizeit

5 Zum Beispiel: tinyurl.com/theologen-kritisieren oder tinyurl.com/bds-meinungsfreiheit

6 tinyurl.com/aufruf-bundesregierung

Zur Gleichsetzung von BDS mit Antisemitismus

Brief der US-amerikanischen Politökonomin Sara Roy an die deutsche Regierung

An die Mitglieder der Bundesregierung

Ich schreibe Ihnen zu dem kürzlich vom Bundestag verabschiedeten Entschluss, die BDS-Bewegung mit Antisemitismus gleichzusetzen. Ich schreibe Ihnen nicht nur als Jüdin und Kind von Holocaust-Überlebenden, sondern auch aufgrund meiner wissenschaftlichen Tätigkeit über den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Meine Mutter, Taube, und mein Vater, Abraham, überlebten Auschwitz, neben anderen Gräueln. Mein Vater war der einzig Überlebende aus einer Familie mit sechs Kindern, und meine Mutter überlebte mit nur einer Schwester aus einer Familie, die größer als die meines Vaters war. Wären beide heute noch am Leben würde sie Ihr Beschluss zutiefst erschrecken, da er auf der Unterdrückung von Toleranz und selbst gesammelten Erfahrungen basiert. Ich werde nicht wiederholen, was andere im Protest gegen Ihre Aktion bereits geschrieben haben, möchte Ihnen aber ein paar eigene Gedanken vermitteln.

Im September 2014 lud mich die Heinrich-Böll-Stiftung ein, um nach den schrecklichen Ereignissen jenes Sommers über Gaza zu sprechen. Nach dem Vortrag stand ein ziemlich aufgeregter Herr auf. Er plädierte energisch dafür, dass es für Deutsche angesichts der deutschen Geschichte schwierig, wenn nicht gar unmöglich sei, Israel zu kritisieren. Implizit in dieser Aussage war die Überzeugung, dass Deutsche niemals eine solche Kritik üben sollten. Er schien darauf bestehen zu wollen, dass ich das akzeptiere. Das tat und tue ich nicht. Meine Eltern würden es auch nicht tun.

Meine damalige Antwort ist die gleiche wie meine Antwort jetzt an Sie: Wenn Ihre Geschichte Ihnen eine Last und Verpflichtung auferlegt hat, dann die, Gerechtigkeit und nicht Israel zu verteidigen. Das ist es, was das Judentum, nicht der Zionismus, verlangt. Ihre Verpflichtung besteht nicht darin, aus Israel oder dem jüdischen Volk einen Sonderfall zu machen oder eine Ungerechtigkeit selektiv zu entschuldigen, nur weil sie von Juden begangen wurde; sie liegt darin, an Israel und Juden den gleichen ethischen und moralischen Maßstab anzulegen, den Sie bei jedem Volk anwenden würden, einschließlich Ihrem eigenen. Wenn Sie annehmen, dass Sie den Staat Israel oder den Platz des jüdischen Volkes in der Welt schützen und sichern, indem Sie sich weigern, Israels brutale Besetzung zu kritisieren – und diejenigen zu bestrafen, die es tun – ist dies ein schrecklicher Irrtum. Ihr Vorgehen erreicht genau das Gegenteil: Indem Sie darauf bestehen, Juden als Ausnahme zu behandeln, schwächen Sie uns, denn Sie machen uns wieder zu einer Art Anomalie, einem Eindringling, einer Negation Europas. Es macht uns anfälliger und ungeschützter für den Rassismus und den wahren Antisemitismus, der heute auf der ganzen Welt wieder auflebt.

Ihr Schuldgefühl, wenn das das richtige Wort ist, sollte nicht von einer Kritik an Israel ausgehen, sondern davon, dass Sie Ungerechtigkeit schweigend hinnehmen, so wie es viele Ihrer Vorfahren vor, während und nach dem Holocaust getan haben.

Ich habe eine große, verzweigte Familie durch Faschismus und Rassismus verloren. Wenn Sie den Beschluss unterstützen, der behauptet, die BDS-Bewegung sei antisemitisch – unabhängig davon, wie man zu dieser Bewegung steht – kriminalisieren Sie nicht nur das Recht auf die freie Äußerung abweichender Meinungen, sondern auch diejenigen, die von diesem Recht Gebrauch machen; genau so fasst der Faschismus Fuß. Sie trivialisieren und entwerten damit auch die wahre Bedeutung des Antisemitismus. Wie würden Sie das Taube und Abraham erklären?

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Sara Roy

*Dt. Fassung auf www.juedische-stimme.de;
Quelle: Counterpunch, <https://tinyurl.com/y45p2pzz>.*



Kundgebung des Bündnisses für palästinensische Rechte und gegen Rassismus vor dem Deutschen Bundestag in Protest gegen den BDS-Beschluss